

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 11

Artikel: Im Namen der Menschlichkeit : macht Schluss mit dem Morden - jetzt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141945>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Schweizerische Friedensrat bedauert, daß der Bundesrat vor-
derhand von einer Publikation der Projektstudie Ganz absieht, die die
Diskussion in der Öffentlichkeit anregen und die Meinungsbildung in
den Behörden transparent machen würde.

Ursprünglich verlangte Nationalrat Max Arnold ein Institut für
Konfliktforschung, Friedenssicherung und Rüstungsbeschränkung. In
der Folge ließ der Bundesrat die «Rüstungsbeschränkung» fallen. Dem
Schreiben von Bundespräsident Gnägi ist leider zu entnehmen, daß nun
auch der Bestandteil «Friedenssicherung» aus dem Titel verschwunden
ist. Umso dringlicher ist die Publikation der Projektstudie von Alt-Bot-
schafter Ganz.

In einer Pressekonferenz und nachträglich in der Presse wurde be-
hauptet, das EMD hätte seine Antwort auf den Brief des Schweizeri-
schen Friedensrates bereits gegeben, während dessen Präsident bestritt,
eine solche erhalten zu haben. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß
der Brief seltsamerweise dem Friedensrichteramt Dübendorf zugestellt
worden war. Unbegreiflicherweise öffnete ihn der Friedensrichter und
behielt ihn bis nach der Pressekonferenz zurück. Der Schweizerische
Friedensrat ist von diesem Vorgehen zweier Dübendorfer Amtsstellen
befremdet.

Dr. Hansjörg Braunschweig
Präsident des Schweizerischen Friedensrates

Im Namen der Menschlichkeit

Macht Schluß mit dem Morden - jetzt

Das Internationale Komitee «Gewissensfrage Vietnam» der Int. Fellowship of
Reconciliation, welches in dreißig Ländern — auch in der Schweiz — über
Gruppen verfügt, hat folgenden «Appell an alle kämpfenden Parteien in Süd-
ostasien» erlassen, welcher in vielen Ländern schon von führenden Persönlich-
keiten des Kampfes um den Frieden unterzeichnet worden ist. (WK)

Wir sprechen für Millionen von Menschen, die es nicht mehr ertragen
können, daß das Blutvergießen in Vietnam und seinen Nachbarländern
immer noch weitergeht. Die Bombenwürfe. Die My Lais. Der Krieg gegen
die Zivilbevölkerung — von beiden Seiten. Die Such- und Zerstöraktio-
nen. Die Hinterhalte und der Terror und die Folterungen. Die jungen
Männer, die verstört und zerschossen, nach ihren Müttern weinen. Die
Kinder, verbrannt und verwundet, ohne Vater und ohne Mutter. Die
Witwen, die Krüppel, die Bauern, deren Land unfruchtbar gemacht
wurde durch Entlaubung und Feuer. Verhandlungen, Proteste, Auf-
schreie gegen den Terror haben an der einen harten Tatsache nicht ge-
ändert: das Töten geht weiter.

Es muß aufhören! Nicht nur um der Vietnamer, der Laoten, der

Kambodschaner und der jungen amerikanischen Soldaten willen, sondern um unser aller willen. Unser Gefühl für Menschlichkeit geht zugrunde angesichts dieser unmenschlichen Greuel.

Politische Regelungen sind nötig, das wissen wir, und beide Seiten haben Positionen zu erkennen gegeben, von denen aus sie zu verwirklichen wären. Aber diese Vorschläge sind derart mit unannehmbaren Bedingungen verknüpft worden, daß sie den Abschluß von Übereinkommen praktisch unmöglich machen, weil alle Seiten nach wie vor auf Sieg aus sind oder auf strategische Vorteile. Doch die Erklärungen sind in der Welt, und die öffentliche Meinung der Welt muß sie jetzt aus dem Reich einseitiger Rhetorik in den Bereich politischer Realitäten herunterzwingen. Dann kann aus den Pariser Verhandlungen etwas anderes werden als die bittere Farce, die sie gegenwärtig sind. Der Weg zu endgültigen Lösungen wird lang und schwierig sein, aber die einzige Alternative ist die Fortsetzung des mörderischen Schlachtens.

Um so mehr Grund, das Töten jetzt zu beenden. Politische Lösungen über einem Meer von Leichen stehen unter dem Zeichen der Verdammung. **Schließt sofort einen Waffenstillstand!**

Die Vereinigten Staaten müssen den ersten Schritt tun. Es sind die amerikanischen Geschosse, die den größten Todeszoll gefordert haben und die verantwortlich sind für fast alles, was zerstört wurde. Es sind Amerikaner, die einen halben Erdball entfernt von ihren eigenen Küsten kämpfen. Sie müssen die Initiative ergreifen:

- einseitig einen sofortigen Waffenstillstand erklären, mit den Bombenabwürfen und Bodenangriffen aufhören, nicht mehr schießen, es sei denn zur Selbstverteidigung, weil man auf sie schießt;
- mit Nachdruck eine Übereinkunft anstreben, durch die die Waffenruhe ein Dauerzustand wird;
- ein frühzeitiges Datum festsetzen, bis zu dem der militärische Abzug vollständig durchgeführt ist — vielleicht sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands.

Die südvietnamische Regierung muß den Waffenstillstand völlig mitvollziehen, ebenso die Beratungen zu dem Ziel, ihn zum Dauerzustand zu machen. Sie muß außerdem Sicherungsmaßnahmen akzeptieren, die den Kräften der Nationalen Befreiungsfront nach dem Waffenstillstand die Fortsetzung ihrer politischen Bestrebungen garantieren.

Um alles Morden wirklich zu beenden, müssen die Nationale Befreiungsfront, die Vorläufige Revolutionäre Regierung und die Nordvietnamer entsprechend handeln. Wir rufen sie auf, auf ein solches Waffenstillstandsangebot positiv zu reagieren, angesichts solcher Zusicherungen auch ihrerseits das Töten einzustellen und über einen Dauerwaffenstillstand zu verhandeln.

Ein sofortiger Waffenstillstand würde nicht nur dem Töten ein Ende setzen, sondern auch die notwendige Entlassung der Kriegsgefangenen

auf allen Seiten beschleunigen. Er würde helfen, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen eine allgemeine Beilegung des Konfliktes möglich werden würde. Eine solche Regelung, die den Konflikt von der militärischen auf die politische Ebene verlagern würde, hat einen freien und offenen politischen Prozeß zur Voraussetzung, der keinen Kandidaten und keine Partei ausschließt.

Aber dies ist erst möglich, wenn das Schießen beendet ist.

Wir appellieren an die Großmächte, deren Wettkampf um Macht und Einfluß in Südostasien ausgefochten wird, ihren ganzen Einfluß auf die kriegführenden Parteien auszuüben, damit sie einem dauernden Waffenstillstand zustimmen. Nicht nur die Vereinigten Staaten, auch die Sowjetunion und die Volksrepublik China müssen sich zusammentun, um diesem Massenmord ein Ende zu bereiten —, um der Menschheit willen, deren Wohlfahrt sie schützen wollen, wie sie versichern. Sie sind es, die sich auf irgendeine Weise auf eine neutrale Kommission einigen müssen, die den Waffenstillstand überwacht und sicherstellt, daß keine Seite militärische Vorteile daraus zieht. Sie sind es auch, die sich zu umfangreichen Anstrengungen für ein Hilfs- und Wiederaufbauprogramm verpflichten müssen, das die Wunden des Krieges heilen soll.

Wir sind eine Menschheit, wir alle. Es sind unsere Brüder, die wir töten — und unsere Schwestern und unsere Kinder! Wir können dieses Morden nicht weitergehen lassen. Wir appellieren an das Gewissen der Männer und Frauen in aller Welt, wie immer sie politisch denken, sich mit uns in der Forderung zusammenzuschließen:

Macht Schluß mit dem Morden — jetzt

Verlangt eine sofortige, totale Waffenruhe mit einer unwiderruflichen Verpflichtung zum völligen Truppenabzug.

Evang.-Ref. Landeskirche des Kantons Aargau:

Ein Beitrag zur Frage der Dienstverweigerung aus Gewissensgründen

April 1971

Es ist dem reformierten Kirchenrat des Kantons Aargau Dank zu zollen, daß er es gewagt hat, das für das kirchliche Selbstverständnis heiße Eisen — nämlich das Problem der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen und die Organisation eines Zivildienstes für die Gewissensverweigerer, statt sie einer unfruchtbaren Bestrafung anheimzustellen — allseitig und gründlich anzupacken. Er übergab die Bearbeitung dieses, heute die schweizerische Öffentlichkeit bewegende, Problems zur